

erfolge ausgerichteten Kurs der SVP auch noch die Einheit des bürgerlichen Lagers in vielen Fragen auseinandergebrochen. Das alles gipfelt in der Behauptung, die schweizerische Konkordanz sei am Ende. Studien zum parlamentarischen Entscheidungsprozess führen indes zu anderen Schlüssen. Erstens wird die Musik im Parlament nicht von den Pol-Parteien, weder von SVP noch SP, gemacht, sondern von der CVP und der FDP. Trotz ihrer Schwächung sind es vor allem die beiden Mitteparteien, welche die erfolgreichen Koalitionen bilden und diese in verbindliche Mehrheitsentscheide umsetzen können.

Zweitens finden wir je nach Sachbereich unterschiedliche Koalitionen von Mitte-Links bis Mitte-Rechts. Vorab die CVP ist es, die es in Finanz- oder Wirtschaftsfragen mit der bürgerlichen Rechten hält, in der Sozial-, teilweise auch der Umwelt- oder Energiepolitik dagegen mit Grün-Links eine erfolgreiche Mehrheit zu bilden vermag. Solche wechselnden Koalitionen sind zu begrüssen. Sie sind zentral für die Vitalität politischer Konkordanz. Sie verhindern das Risiko «ewiger» Macht, die der Versuchung unterliegt, nicht lernen zu müssen. Insofern funktioniert die heutige politische Konkordanz mit ihren drei Polen Grün-Links, Mitte und konservativer Rechte, dass der Bilateralismus in die Sackgasse münden könn-



Es sind vor allem die beiden Mitte-Parteien, welche die erfolgreichen Koalitionen bilden und in Entscheide umsetzen.

te, zeichnete sich jüngst in der Diskussion um ein Rahmenabkommen mit der EU ab. Dahinter liegt aufseiten Brüssels das längerfristige Interesse, über die bilateralen Verträge hinaus das gesamte EU-Recht samt laufenden Änderungen für die Schweiz verbindlich zu machen. Die Schweiz wäre dann zur vollständigen Übernahme verpflichtet, ohne in Brüssel mitreden zu können.

Das Dilemma ist offensichtlich: Eine solche unhaltbare Situation wäre nur durch einen Beitritt zu vermeiden. Ebenso klar ist aber, dass eine Volksabstimmung zum EU-Beitritt nach heutigem Ermessen scheitern müsste. Die schweizerische Stimmbürgerschaft ist eigensinnig und republikanisch. Sie ist misstrauisch gegenüber zu viel Staat und Big Government, gegenüber Zentralisierung und selbstherrlich-bürokratischer Geschäftigkeit. Dies nun ist aber genau das, was das Projekt der EU heute für die Mehrheit der Stimmbürgerschaft in der Schweiz verkörpert.

Da ist zunächst eines erforderlich: ein neuer Dialog in der Europapolitik. Zur Überwindung alter Fronten hätte die integrationsfreundliche Seite zu lernen, das Unabhängigkeit des Landes, Neutralität, kleinräumiger Föderalismus, bescheidene Bürokratie und die direktdemokratische Kontrolle der Eliten für die Mehrheit der Stimmbürger zentrale Werte sind.

Von der europaskeptischen Seite dagegen wäre zu erwarten, dass sie zu einer wichtigen Erkenntnis auch öffentlich steht, zur Erkenntnis nämlich, dass auch die Nichtmitgliedschaft in

der EU weder die Globalisierung noch starke Autonomieverluste zu verhindern vermögen. Der grosse Kredit, den die Europaskeptiker heute geniessen, müsste in die Vision einer vorwärts gerichteten Politik investiert werden.

Die Volksrechte waren einst auf die inneren Angelegenheiten der Republik zugeschnitten. Heute sind sie ein Kernelement der Europa-Debatte: Die einen sehen sie als das Haupthindernis auf dem Weg nach Brüssel, die anderen als besonders gefährdet im Falle eines EU-Beitritts.

Wir sollten über diese alten Positionen hinauskommen. Es ist richtig, dass Souveränitätsverluste vor allem in der direkten Demokratie wahrnehmbar werden. Die Stimmbürgerschaft hat dies jedes Mal dann gespürt, wenn die Behörden uns wie bei den Bilateralen sagen mussten: «Akzeptiert diesen Vertrag, sonst kommt Unglück über das Land.»

Das ist bisher gut ausgegangen. Viele Stimmbürger werden dabei aber auch gespürt haben, dass Souveränitätsverluste so oder so stattfinden, mit oder ohne Mitgliedschaft in der EU. Hier müssten Teufelskreise der Enttäuschung in einen gesunden Realismus überführt werden können. Entscheidend dafür halte ich, den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft zu machen, dass direkte Demokratie auch weiterhin praktiziert wird, falls



Die direkte Demokratie hat sich bewährt. Den Test des aufgetuschten Populismus hat sie erst noch zu bestehen.

die Schweiz Mitglied der EU würde, und dass dabei die Volksrechte nicht weniger wirksam wären als heute. Eine solche Glaubwürdigkeit hat die Politik auf dem heutigen bilateralen Weg zu erwerben. Das setzt voraus, dass jeder Integrationsschritt nicht ängstlich, sondern zuversichtlich mit dem Volk getan wird. Gelegentliche Abstimmungsniederlagen in diesem Prozess gehören dazu.

Der Ausgang eines solchen Prozesses ist offen. Er kann in eine EU-Mitgliedschaft, die Fortsetzung eines Bilateralismus, aber auch in die aussenpolitische Isolation führen. Doch das sind nicht die einzigen Möglichkeiten. Einige denken an eine EU-Mitgliedschaft à la carte. Ganz abwegig ist das nicht, denn die EU hat zweierlei Nachbarschaftsprobleme zu lösen: für Länder wie die Türkei, die beitreten wollen, aber nicht ganz willkommen sind, sowie für Länder, die willkommen sind, aber nicht so recht beitreten möchten wie die Schweiz. Das könnte zur Einrichtung einer Übergangszone zwischen EU und Nachbarländern führen. Darin könnte sich die Zukunft unseres Verhältnisses zur EU offener gestalten, als es heute aussieht.

Bei alledem möchte ich auf die Volksrechte unserer Republik nicht verzichten. Direkte Demokratie sorgt dafür, dass die politischen Eliten das Volk nicht so nehmen können, wie sie es gerne hätten, sondern so nehmen müssen, wie es ist. Freilich erfüllt mit Unbehagen, wenn Volksinitiativen heute vermehrt für kurzfristige-emotionale Anliegen gebraucht werden, wie etwa zur Verschärfung des Strafrechts nach auf-

wählenden Gewaltverbrechen, zu denen gewichtige Medien noch die Stimmung anheizen. Historisch hat sich direkte Demokratie auch in Zeiten grosser sozialer Gegensätze bewährt. Den Test eines medial aufgetuschten Populismus jedoch hat sie erst noch zu bestehen.

Innenpolitisch hat die direkte Demokratie schon ein halbes Jahrhundert dafür gesorgt, dass die Konkordanz nicht auseinandergebrochen ist – und dies trotz Verlust vieler Gemeinsamkeiten, trotz zunehmender Polarisierung, trotz strapazierter Kultur der Verständigung und trotz den Krisen der jüngsten Vergangenheit. Es sind die Volksrechte, welche die Konkordanz erzwingen. Das hält unsere Gesellschaft trotz allem zusammen, ein glücklicher Umstand in der heute gespaltenen Schweiz.

Aussenpolitisch wird die republikanische Tugend der Störigkeit des Volkes grössere Risiken mit sich bringen als bisher. Aber nichts spricht dafür, dass das Volk im Prozess der Globalisierung mit all seinen Ungewissheiten und Folgen weniger urteils- und lernfähig wäre als seine Eliten. Insofern stimmen unsere politischen Grundstrukturen direkter Demokratie. Sie sorgen dafür, dass die Republik ein Stück mehr in den Händen der Bürgerschaft bleibt und dass sich die Irrtümer sowohl ihrer Politiker als auch ihrer Bürger in Grenzen halten.

